

Lfd. Nr.	TÖBs	Stellungnahme	Ergebnis:
1	BAIUDBw	<p>Bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage bestehen aus flugsicherungstechnischer (§ 18a Luft VG), liegenschaftsmäßiger, infrastruktureller und schutzbereichsmäßiger Sicht seitens der Bundeswehr keine Bedenken.</p> <p>Da bauliche Hindernisse mit einer Bauhöhe von über 100m über Grund gem. § 14 Luft VG der luftfahrtrechtlichen Zustimmung bedürfen, werden etwaige militärisch flugbetriebliche Einwände/ Bedenken über das Beteiligungsverfahren der zivilen Luftfahrtbehörde berücksichtigt.</p> <p>Das Luftfahrtamt der Bundeswehr hat diesbezüglich bereits wie folgt Stellung genommen: Gem. § 14 LuftVG bestehen keine Einwände.</p> <p>Eine offizielle Stellungnahme erhalten wir hierzu über das von der zuständigen zivilen Luftfahrtbehörde initiierte Beteiligungsverfahren.</p>	k. B. bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage
2	BRA Bergbau	<p>Aus bergbehördlicher Sicht zum o. g. Planvorhaben folgende Hinweise und Anregungen: Die Standorte der sechs geplanten Windenergieanlagen liegen über dem auf Galmei, Blei- und Zinkerz verliehenen Bergwerksfeld „Gallmey“. Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist die Stadtwerke Iserlohn GmbH. Diese hat der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW, mitgeteilt, dass sie nicht in der Lage ist, Auskünfte über die bergbaulichen Verhältnisse und Bergschadensgefährdung zu erteilen, da ihr keine Unterlagen über den umgegangenen Bergbau vorliegen würden. Aus den vorstehenden Gründen teile ich Ihnen daher mit, dass in den hier derzeit vorliegenden Unterlagen im Bereich der geplanten sechs Standorte der Windenergieanlagen (WEA) kein umgegangener Bergbau dokumentiert ist. Allerdings befinden sich laut hier vorhandener Übersichtskarten mehrere sogenannte „Fundpunkte“ (Aufschlusspunkte von Erzlagerstätten) im Umfeld der geplanten Standorte der WEA 2 und WEA 5 (Abstand jeweils mehr als 120 m). Aus bergbehördlicher Sicht wird daher empfohlen auf mögliche altbergbauliche Hinweise insbesondere im Bereich der beiden o.g. WEASTandorte zu achten. Hierbei kann es sich um Bewegungsbilder an der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Risse und Absenkungen der Erdoberfläche sowie kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen oder im Winter schnee- und eisfreie „Flecken“ an der Tagesoberfläche können auf Grubenbaue hinweisen. Beim Aushub von Baugruben sollte zudem auf die Beschaffenheit des Untergrunds geachtet werden. Werden dabei der Verlauf einer Lagerstätte (z. B. eines Erzganges) oder Auflockerungen angetroffen, die möglicherweise durch geringfügige bergbauliche Tätigkeiten entstanden sind, empfiehlt sich eine Baugrunduntersuchung. In diesen Fällen sollte ein Sachverständiger eingeschaltet werden. Die Bezirksregierung Arnsberg hat auf ihrer Internetseite eine Liste mit anerkannten Sachverständigen gemäß § 36 GewO bereitgestellt, die im Bereich Altbergbau und Gefahrenabwehr bzw. im Geschäftskreis</p>	

		<p>„Markscheidewesen/Bergschadenkunde“ tätig sind. Diese finden Sie unter der URL: https://www.bra.nrw.de/-429 im rechten Bereich der Webseite unter „Downloads“.</p> <p>Hinsichtlich des beschriebenen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung zum Planvorhaben werden aus dem Zuständigkeitsbereich der Bergbehörde keine Hinweise und Anregungen geäußert. Für eventuelle Rückfragen zu dieser Stellungnahme stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Bearbeitungshinweis: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechnete öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.</p>	
3	BRA Techn. Arbeitsschutz	<p>das antragstellende Unternehmen hat sich noch nicht auf einen Anlagentyp festgelegt. Dem antragstellenden Unternehmen wird die Gelegenheit eröffnet, die Antragsunterlagen mit ergänzenden Plänen, Informationen und technischen Zeichnungen zur sicherheitstechnischen Beurteilung der maschinellen Zugänge und Verkehrswege sowie der Befahranlage innerhalb der jeweiligen Windenergieanlage (WEA) zu ergänzen. Wenn das antragstellende Unternehmen von diesen Ergänzungen absieht, dann wird vom technischen Arbeitsschutz eine erforderliche Bedingung in die abschließende Stellungnahme eingepflegt, um die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen zu gewährleisten.</p>	
4	BRA Ländl. Entwicklung, Bodenordnung	<p>aufgrund der o.g. Beteiligung als Träger öffentlicher Belange teile ich Ihnen mit, dass sich die 6 Windenergieanlagen im Flurbereinigungsverfahren Deilinghofen (Az.: 33.03.31) befinden. Ich bin der zuständige Projektleiter. Zur Wahrung der Abgabefrist erfolgt die Stellungnahme ausschließlich per E-Mail.</p> <p>Für die Bauvorhaben ist zwingend zu beachten, dass gemäß § 34 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), wie es im Einleitungsbeschluss aufgelistet steht, u.a. für die Errichtung von Bauwerken, aber auch für die Änderung</p>	

		<p>der Nutzungsart die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde eingeholt werden muss. Das gilt auch für die Errichtung einer Windenergieanlage und ist unabhängig von der Baugenehmigung zu sehen. Bitte geben Sie gerne diese Information auch an den Bauplaner bzw. an den Grundstückseigentümer weiter.</p> <p>Es macht keinen Unterschied, ob vom Bauwilligen unmittelbar bei der Flurbereinigungsbehörde oder über die Baugenehmigungsbehörde um die Zustimmung ersucht wird. Nicht die Baugenehmigung selbst bedarf der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde, sondern die Errichtung der Bauwerke etc. selbst (s. § 34 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG). Der Bauherr darf seine Baugenehmigung nicht ohne zusätzliche Zustimmung nach § 34 FlurbG ausnutzen.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchten wir Sie bitten uns als Flurbereinigungsbehörde über die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange hinaus generell bei allen Bauanträgen innerhalb des Flurbereinigungsgebietes zu beteiligen.</p> <p>Auf eine sinnvolle, agrarstrukturelle bzw. forstwirtschaftliche Eingliederung in die Umgebung ist zu achten.</p> <p>Nähere Informationen zum Flurbereinigungsverfahren Deilinghofen inkl. o.g. Einleitungsbeschluss können Sie auch im Internet der Bezirksregierung Arnsberg finden: https://www.bra.nrw.de/-2329</p> <p>Diese E-Mail gilt nicht als Zustimmung zu den o.g. Bauvorhaben, sondern dient lediglich der Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange.</p>	
5	BRMS Luft / BAF	In der Sache selbst bestehen aus luftrechtlicher Sicht (zivile Hindernisgründe und militärische Flugbetriebsgründe) offensichtlich keine Bedenken gegen die Errichtung der Anlagen. Kein Anlagenschutzbereich betroffen (in der Randzone <500m um den Schutzbereich	ok
6	BNetzA		
7	Dtsch Wetterdienst	Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes. Es werden keine Einwände erhoben.	Keine Einwände
8	FD 36 Verkehr	Die Stadt Hemer ist als mittlere kreisangehörige Stadt für verkehrliche Angelegenheiten selbst zuständig, weshalb in dieser Angelegenheit keine Stellungnahme durch den FD 36 möglich ist.	Stadt Hemer (Hr. Pferdekamp für verkehrliche

		Ansprechpartner bei der <u>Stadt Hemer für verkehrliche Angelegenheiten</u> ist Herr Pferdekamp. Seine Kontaktdaten lauten: Telefon: 02372 / 551384 E-Mail: a.pferdekamp@hemer.de	Angelegenheiten im Verfahren beteiligen)
9	FD 44 Planung	Da Hemer seine eigene Bauordnung hat, bittet Benjamin Hesse zunächst die Stadt als zuständige Behörde zu hören. Sofern dann noch Zweifel an der planungsrechtlichen Beurteilung der Stadt bestehen, kann Benjamin Hesse sich die Unterlagen gern im Nachhinein anschauen.	
10	SG 441 UNB	<p>Die Stellungnahme bezieht sich auf die Darstellungen und beschriebenen Untersuchungen des Antragstellers vom Dezember 2021. Es wurden nur die Belange von Natur und Landschaft betrachtet. Eine tiefergehende inhaltliche Prüfung auf der Basis der Kurzbeschreibung mit Lageplan des Vorhabens ist nicht möglich. Eine grundsätzliche Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde zur Errichtung von Windenergieanlagen in dem Untersuchungsraum kann aus dieser Stellungnahme nicht abgeleitet werden. Seitens des Antragstellers kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass im weiteren immissionsschutzrechtlichen oder möglicherweise nachgelagerten Verfahren neben den Angaben, die für den UVP-Bericht als erforderlich erachtet werden, keine weiteren Unterlagen in den Antragsverfahren beizubringen sind.</p> <p>Nach einer ersten Einschätzung lassen sich aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde erhebliche Auswirkungen auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter nicht ausschließen. Die Durchführung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsstudie UVS wird seitens der Unteren Naturschutzbehörde begrüßt.</p> <p>Mit Blick auf die in einem UVP-Bericht zu machenden Angaben wird seitens der Unteren Naturschutzbehörde hinsichtlich der Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt sowie Flächen, Landschaftsbild sowie ihren Wechselwirkungen (§ 1a Nr. 2, 3 und 4 der 9. BImSchVO) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Untersuchungsraum liegt gem. der aktuellen Darstellung im Energieatlas NRW im Bereich der Schwerpunktverkommen von Schwarzstorch und Rotmilan. Eine Reduzierung des im aktuellen „Leitfaden – Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen“ vorgegebenen Untersuchungsradius von 3.000 m für den Schwarzstorch auf hier 1.500 m ist nicht akzeptabel und im Hinblick auf die artenschutzrechtliche Untersuchung des 	UNB hat am 25.01.22 um Fristverlängerung bis 08.02.22 gebeten, Fristverlängerung wurde gewährt

		<p>Schwarzstorch nicht ausreichend. Dies zumal hier Kenntnisse über aufgegebene Schwarzstorch-Horste im relevanten Umkreis vorliegen.</p> <p>In der „Tabelle 2: Kartiertermine mit Angaben zur Witterung in 2019 und 2020“ fehlen die Angaben der Kartierzeiten und z.T. auch die Witterungsangaben. Diese Angaben sind Grundvoraussetzung für eine Prüffähigkeit in Hinsicht auf die Leitfadenskonformität.</p> <p>Es ist von ursprünglich zwei Potentialflächen ausgegangen worden, von denen aber jetzt wohl nur noch eine Relevanz hat. Daher ist für die Prüffähigkeit der Antragsunterlagen wichtig genau nachvollziehen zu können wer, wann, wo kartiert hat. Entsprechende Karten wären den Antragsunterlagen beizufügen.</p> <p>Für die Raumnutzungsanalyse wurden, obwohl das Untersuchungsgebiet in der vorliegenden „Kurzbeschreibung“ als „stark reliefiertes Gelände“ beschrieben wird, nur jeweils zwei Kartierer eingesetzt. Dies erscheint erst einmal als nicht ausreichend. Auch hier ist für die Nachvollziehbarkeit darzustellen, welche Beobachtungspunkte zu welcher Zeit genutzt wurden.</p> <p>Ebenso ist eine Karte mit der Darstellung aller gefundenen Horste, inklusive der Ergebnisse der gezielten Horstkontrollen zu erstellen.</p> <p>2. Auch wenn im Zusammenhang mit der Errichtung der Anlagen verbundene Erschließungsmaßnahmen (Zuwegungen, Kabeltrassen) in einem gesonderten Verfahren parallel zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen wären, sind zur Beurteilung der Umweltauswirkungen auch die Erschließung und erforderliche Ausbaumaßnahmen z.B. von Wegen darzustellen und zu bewerten. Die Auswirkungen beispielsweise auf Gewässer, besonders geschützte Bereiche (z. B. Naturschutzgebiete, Biotop, Geschützte Landschaftsbestandteile) sind zu beschreiben und zu beurteilen.</p> <p>Ebenso sind mögliche Auswirkungen auf das in ca. 150 m entfernte FFH-Gebiet „Balver Wald“ (DE-4613-303) zu überprüfen. Da der Abstand von 300 m vor allem bei den östlichen WEA unterschritten wird, ist im Rahmen der UVP die Durchführung einer FFH-Vorprüfung erforderlich. Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht mit Sicherheit auszuschließen, wäre zur weiteren Beurteilung der Auswirkungen des Vorhabens eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 ff. BNatSchG durchzuführen.</p> <p>Zu betrachten sind auch naturschutzwürdige Bereiche. Aktuell befindet sich der Landschaftsplan Hemer im Aufstellungsverfahren. Das als Potenzialfläche für WEA erachtete</p>	
--	--	--	--

		<p>Gebiet, befindet sich in unmittelbarer Nähe zu naturschutzwürdigen Laubwaldbeständen sowie weiteren bereits kartierten schutzwürdigen Biotopen, wie die Biotopkatasterflächen BK-4613-0186 („Bremkebach-Oberlauf mit Erlen-Auenwald und Buchen-Niederwald“) und BK-4612-0177 („Buchenwald an der "Großen Ormke" südöstlich von Deilinghofen“) sowie die gesetzlich geschützten Biotope BT-4163-0278-2009, BT-4613-0279-2009 und BT-4612-0258-2009.</p> <p>3. Das Vorhaben ist mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz i.V.m. mit dem Landesnaturschutzgesetz NRW wäre auf der Ebene des nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen und ggf. gesonderten naturschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens abzuarbeiten. (Hinweis: Das neben einem funktionalen Ausgleich zu leistende Ersatzgeld, wäre hinsichtlich der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nach den Regelungen des Landesnaturschutzgesetzes NRW – LNatSchG NRW i.V.m. mit dem Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen vom 22.05.2018 Ziffer 8.2.2.1 auf der Grundlage der landesweiten Landschaftsbildbewertung des LANUV zu ermitteln und zu leisten.) Naturschutzfachliche Instrumente können in die UVP integriert werden. Zumindest sollten im UVP-Bericht Aussagen zum Umfang und der Bewertung der Eingriffe in Natur und Landschaft gemacht werden und mögliche Kompensationsmaßnahmen geprüft werden.</p> <p>4. Als Schutzgut ist im Rahmen der UVP auch das Landschaftsbild zu betrachten, das im Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG näher konkretisiert ist. Gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG sind die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer zu sichern.</p> <p>Zur Ermittlung der Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind qualitative Aussagen über die Wirkung der WEA an den geplanten konkreten Standorten unter Betrachtung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten zu treffen.</p> <p>Dazu sollte das aktuelle Gutachten Landschaftsbildbewertung Märkischen Kreis, Stand: Februar 2021 (https://www.maerkischer-kreis.de/buergerinfo/info-seiten/umwelt/eingriff-in-natur-und-landschaft.php) herangezogen werden.</p>	
--	--	---	--

		<p>Aufgrund der Wertigkeit des betreffenden Landschaftsraumes und mit Blick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit im UVP-Verfahren ist eine Visualisierung im Rahmen einer Sichtbarkeitsanalyse angezeigt, um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild transparent und möglichst realitätsnah darzustellen.</p> <p>Es wird empfohlen als Leitfaden, die Publikation „Gute fachliche Praxis für die Visualisierung von Windenergieanlagen“ zu nutzen. Diese ist das Ergebnis einer Kooperation zwischen der Fachagentur Windenergie an Land e.V., dem Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende gGmbH und der Landesenergie- und Klimaschutzagentur Mecklenburg-Vorpommern GmbH.</p> <p>Die Auswahl der Betrachtungspunkte für die Sichtbarkeitsanalyse ist seitens des Fachbüros mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.</p> <p>Bei der Beurteilung der Umweltauswirkungen sind auch die Wechselbeziehungen mit anderen Schutzgütern (z.B. Gewässer) und mögliche Kumulationswirkungen zu betrachten (z.B. die im Bau befindlichen WEA Kohlberg in Neuenrade und die beantragten WEA Gremberg in Balve).</p>	
11	SG 442 Boden Abfall	Bezüglich des vorgesehenen Vorhabens bestehen bodenschutzrechtlich keine Bedenken	Boden ok Abfall ?
12	SG 443 WassWirt	<p>Von dem Vorhaben ist kein rechtskräftig ausgewiesenes Wasserschutzgebiet direkt betroffen.</p> <p>Allerdings liegen die zwei westlich gelegenen geplanten Windkraftstandorte im <u>Trinkwassergewinnungsgebiet des Wasserbeschaffungsverbandes Deilinghofen</u>. Insbesondere der nordwestliche Standort liegt im unmittelbaren Einzugsbereich des Tiefbrunnens "Balver Weg links", der Quelfassungen "Brandhagen" sowie dem neuen Tiefbrunnen "Brandhagen". Der Betrieb der genannten Trinkwasserversorgungsanlagen ist durch wasserrechtliche Entnahmeerlaubnisse gesichert. Da eine quantitative und qualitative Beeinträchtigung des Trinkwasserdangebotes durch das geplante Projekt</p>	<p>Erhebliche Bedenken!</p> <p>WBV Deilinghofen am 25.01.2022 beteiligt</p>

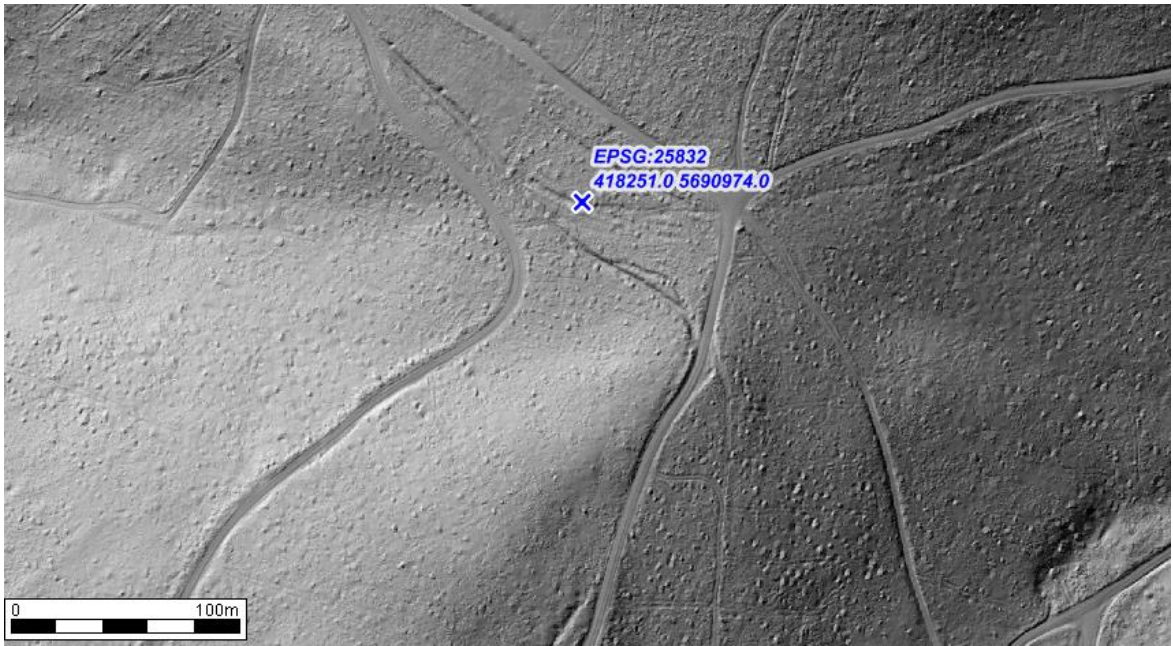
		<p>nicht ausgeschlossen werden kann, <u>bestehen gegen die beiden westlich gelegenen Standorte aus wasserwirtschaftlicher Sicht erhebliche Bedenken.</u></p> <p>Ebenso sehe ich die gesamte Infrastruktur (Wasserversorgungsleitungen zum Hochbehälter etc.) der o.g. und weiterer von dem WBV Deilinghofen betriebenen Trinkwassergewinnungsanlagen durch die Wegenutzung (Baustraßen mit Schwerlastverkehr u.a.) und die Errichtung von Kabelgräben <u>gefährdet.</u></p> <p><u>Die Gesamtmaßnahme ist mit den Belangen der öffentlichen Trinkwasserversorgung nicht vereinbar.</u></p> <p>Der Wasserbeschaffungsverband Deilinghofen ist zwingend im Verfahren zu beteiligen. Verbandsvorsteher ist Herr Stefan Bartmann, Balver Weg 34, 58675 Hemer</p>	
13	SG 444 WassBau	<p>SG 444 schließt sich den Ausführungen von SG 443 voll an, allerdings ist Herr Bartmann seit 31.12.2021 auf eigenen Wunsch kein Verbandsvorsteher mehr. Neuer Verbandsvorsteher seit dem 01.01.2022 ist Andreas Bisigo, Brockhauser Weg 53, 58675 Hemer. Kraft seines Amtes vertritt er den WBV Deilinghofen gerichtlich und außergerichtlich. Leider habe ich von Herrn Bisigo keine E-Mailadresse. Der Geschäftsführer des WBV ist Herr Jörg Schauhoff. Er ist unter den E-Mailadressen info@schauhoff-immobilien.de oder mail@wbv-deilinghofen.de zu erreichen. Auch er kann Deine Unterlagen zum Verfahren bekommen, da er sie dann weiterleitet.</p>	<p>Erhebliche Bedenken!</p> <p>WBV Deilinghofen am 25.01.2022 beteiligt</p>
14	FD 74 Gesundh	<p>Zur Beurteilung möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch das geplante Vorhaben sind, die in der Beschreibung genannten geplanten Untersuchungen als hinreichend für einen Antragstellung zu betrachten.</p>	ok
15	SG 382 Brandsch	<p>Wie schon telefonisch besprochen benötigt SG 382 zur brandschutztechnischen Beurteilung des Vorhabens noch Angaben bezüglich der Löschwasserversorgung sowie über der Erreichbarkeit (Zu-/ Durchfahrten, etc.) der WEA nach ihrer Fertigstellung.</p>	
16	Geol. Dienst	<p>Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung werden seitens des Geol. Dienstes folgende Informationen und Hinweise gegeben:</p> <p>Erdbebengefährdung Die geplanten Standorte für die Windenergieanlagen in Hemer, Gemarkung Deilinghofen, liegen außerhalb der Erdbebenzonen nach DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“. Bei der Planung und Bemessung der Windenergieanlagen müssen daher keine besonderen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Erdbebengefährdung ergriffen werden.</p> <p>Erdbebenüberwachung Die geplanten Standorte für die Windenergieanlagen in Hemer, Gemarkung Deilinghofen,</p>	

		<p>liegen außerhalb der Bereiche, die durch die von den Betreibern der Erdbebenstationen angegeben Prüfradien für den Betrieb von WEA festgelegt sind. Belange der Erdbebenüberwachung müssen demnach hier nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Hydrogeologie Im Bereich der geplanten Windkraftanlagen werden voraussichtlich unter einer gut zwei Meter mächtigen Lage von weichselzeitlichem feinsandigem und tonigem Schluff (Löss; Pleistozän, Quartär) die Ton- und Sandsteine der Untere Honsel-Schichten (Givetium, Mitteldevon) angetroffen, in die lokal Kalksteinlagen eingeschaltet sein können. Die quartärzeitlichen Lockergesteine bilden eine geringdurchlässige Deckschicht. Ihre Mächtigkeit bei Auftreten von Karstschloten und Dolinen deutlich erhöht sein. Die Festgesteine des Devons bilden eine Kluftgrundwasserleiter von geringer bis sehr geringer Trennfugendurchlässigkeit. In der oberflächennahen Auflockerungszone, in sandsteindominierten Bereichen sowie entlang von Störungszonen kann die Durchlässigkeit leicht erhöht sein. Untergeordnet können vereinzelt lokal verkarstete Bereiche auftreten, die eine mäßige bis hohe Durchlässigkeit aufweisen können. Die genaue Tiefenlage der Grundwasseroberfläche ist nicht bekannt.</p> <p>Die Vorhaben fallen nicht in das Wasserschutzgebiet „Nieringsen“. Eine Beeinflussung der Entnahmestelle im Bereich des Deilinghofer Bachs durch die geplanten Vorhaben ist nicht zu erwarten. Es gilt jedoch zu beachten, dass nur wenige 100 m in nordwestlicher Richtung mehrere Wassergewinnungsanlagen zur Nutzung des Grundwassers als Trink- und Brauchwasser des Wasserbeschaffungsverband Deilinghofen liegen. Diese sind zwar nicht durch ein Schutzgebiet geschützt, werden aber dennoch als schutzbedürftig eingestuft.</p> <p>Sollte eine Zulassung erwogen werden, wird empfohlen, die nach § 51 WHG begünstigte Person (Wasserversorger) im Verfahren zu beteiligen und deren Zustimmung einzuholen. Dem besonderen Schutz der Trinkwasserversorgung ist bei den technischen Anforderungen in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen. Dabei kann der Einsatz von wassergefährdenden Stoffen in der Regel nicht zugelassen werden. Darüber hinaus bestehen aus hydrogeologischer Sicht keine Bedenken gegen die Genehmigung des Antrags.</p> <p>Schutzgut Boden Von der Planung sind schutzwürdige Böden betroffen. Bei Errichtung der Windkraftanlagen erfolgt durch deren Fundamentbau und durch die Herrichtung der Nebenflächen</p>	
--	--	---	--

		<p>ein Eingriff in diese Böden. Die vorhandenen schutzwürdigen Böden (*1) mit hoher Funktionserfüllung werden somit dauerhaft belastet. Die vorhandenen Bodenfunktionen gehen durch Bodenmassentransporte und Versiegelung in ihrer jetzigen Form gänzlich verloren. Mit dem Eingriff ist eine erhebliche Beeinträchtigung dieser Böden verbunden, die auszugleichen ist. Aus Bodenschutzsicht sind nach den gesetzlichen Vorgaben (z. B. § 2 Bundes-Bodenschutzgesetz, § 1 Landesbodenschutzgesetz, § 7 und § 15 Bundesnaturschutzgesetz) diese schutzwürdigen Böden als Wert- und Funktionselemente besonderer Bedeutung zu bewerten, verbunden mit der Forderung nach einer bodenfunktionsbezogenen Kompensation. Im Rahmen der Kompensationsermittlung für den Eingriff in den Boden werden zumeist Biotopwertverfahren herangezogen. Da aber die bekannten Biotopwertverfahren bei der Kompensationsermittlung den Boden explizit nicht ausweisen, wäre es aus der Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes wünschenswert, wenn bei Verlust an Boden ein ausreichender, bodenfunktionsbezogener Ausgleich extern geschaffen werden könnte. Flächenmäßig ist für den Verlust an schutzwürdigen Böden mit hoher Funktionserfüllung ein Ausgleich im Verhältnis 1:1 anzustreben. Hinweise zu Kompensationsmaßnahmen für den Verlust an schutzwürdigen Böden sind folgender Veröffentlichung zu entnehmen (Kap. 3.7, S. 24):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB - Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleitplanung (*2). <p>Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.</p> <p>(*1): www.geoportal.nrw GeoViewer > Adresseingabe (Adressfeld) > Geographie und Geologie > Boden und Geologie > IS BK50 Bodenkarte von NRW 1 : 50.000 – WMS > Bewertungen und Auswertungen zum Bodenschutz > Schutzwürdigkeit der Böden (3. Auflage) > Schutzwürdigkeit – naturnahe und naturferne Böden.</p> <p>(*2) https://www.labo-deutschland.de/documents/umweltpruefung_494.pdf</p> <p>Weitere geowissenschaftliche Belange</p>	
--	--	---	--

		Geotope – das sind geowissenschaftlich schützenswerte Objekte – sind im Planungsgebiet nicht ausgewiesen. Aus ingenieurgeologischer Sicht habe ich zum derzeitigen Planungsstand keine Anmerkungen oder Hinweise.	
17	Landesamt für Zentr. Polizeil. Dienste	Es konnte keine potentielle Störung des Richtfunknetzes für den Digitalfunk BOS festgestellt werden. Sollten sich bei der weiteren Projektierung des Bauvorhabens Änderungen ergeben, so reichen Sie diese bitte erneut zur Prüfung ein.	
18	Straßen NRW	Die geplanten Windenergieanlagen in der Gemarkung Hemer liegen außerhalb des klassifizierten Straßennetzes von Straßen.NRW. Gegen den geplanten Antrag bestehen von Seiten der Straßenbauverwaltung auf Grundlage der derzeit vorliegenden Unterlagen keine Bedenken. Um Beteiligung der Außenstelle Hagen im weiteren Verfahren wird gebeten.	
19	Wald und Holz	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem geplanten Vorhaben gebe ich folgende Anregungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es sollte eine genaue Alternativstandortprüfung gemäß Landesentwicklungsplan Punkt 7.3-1 (Realisierung der Maßnahme außerhalb des Waldes) erfolgen. - Die Vorhabenflächen sind im Regionalplan als Waldfläche ausgewiesen. Gemäß § 42 LFoG sollte die Bezirksplanungsbehörde sich zur Waldumwandlungsfähigkeit äußern. - Im Planbereich vorhandene und angrenzende Laubholzbereiche sollten durch die Planung nicht beeinträchtigt werden. - Da die Stadt Hemer einen Waldanteil von unter 60 % hat, ist eine Kompensation nur mittels ökologischer Aufwertung vorhandener Waldflächen nicht ausreichend. Hier ist eine Kombination aus Erstaufforstung und ökologischer Aufwertung notwendig. Eine genaue Bilanzierung sollte im Genehmigungsverfahren erstellt werden. - Im Brandfall selbst geht es vor allem um die Eindämmung der Brandherde in der Waldvegetation, die somit für die Feuerwehren eine besondere Herausforderung darstellt. Für die geplanten Anlagen auf Waldstandorten ist daher ein geeigneter Feuerwehrplan vorzusehen, welcher insbesondere ein schlüssiges Brandschutzkonzept mit der Einbindung der örtlichen Feuerwehren beinhaltet, um im Brandfall geeignete Konzepte für die Löschwasserversorgung vorzuhalten und Maßnahmen zur Brandbekämpfung, somit zur Gefahrenabwehr im Wald, einleiten zu können. Für die Vorhaltung von Löschwasser sollte eine Löschwasserentnahmestelle mit ca. 300 m³ Wasservorhaltung im Planungsbereich analog Regelungen im Land Brandenburg errichtet werden. 	<p>Bitte um Fristverlängerung → Fristverlängerung bis 14.02.2022 gewährt</p>

		<p>Für die Behörden des Märkischen Kreises noch folgende Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Im Planbereich befinden sich mehrere gesetzlich geschützte Biotope, sowie eine Quelle (Flur 5, Flurstück 136) - Im Plangebiet befinden sich alte Laubholzbestände (Flur 6, Flurstück 104; Flur 6, Flurstück 96) - Angrenzend an das Plangebiet befinden sich mehrere alte Laubholzbestände (Flur 5, Flurstück 115; Flur 10, Flurstücke 142, 143, 144, 136, 137, 138) - Folgende Arten wurden im Plangebiet durch den zuständigen Forstbetriebsbeamten beobachtet: Schwarzstorch, Uhu, Waldohreule, Waldschnepfe, Kolkrabe, Rotmilan, Schwarzspecht, Grünspecht, Dreizehenspecht, Wildkatze <p>Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	
20	Landesbüro der Naturschutzverbände	<p>In Vollmacht des NABU-Märkischer Kreis und in Abstimmung mit den Vertretern des BUND und der LNU gibt Herr Humpert für die anerkannten Naturschutzverbände zum oben genannten Vorhaben fristgerecht die folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Gegen den geplanten Antrag bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Das Gebiet liegt in einer geplanten Vorrangfläche des z.Z. im 1.Entwurf vorliegenden Regionalplans.</p> <p>Ergänzend zu den bereits erstellten bzw. geplanten Untersuchungen und Gutachten fordern die Naturschutzverbände weitere Maßnahmen.</p> <p>Für alle windkraftrelevanten Arten sind die Abstandsradien und Prüfbereiche zu erfassen und zu bearbeiten.</p> <p>So muss z.B. der Untersuchungsradius und der Prüfbereich für den Schwarzstorch angepasst werden.</p> <p>Der gesamte Bereich des „Balver-Waldes“ ist ein bedeutender Zugkorridor für den Kranich. Die geplanten Anlagen ragen bis zu 250 Meter über den Höhenzug hinaus.</p> <p>Das mögliche Kollisionsrisiko insbesondere auch bei schlechtem Wetter ist gutachterlich zu bewerten.</p> <p>Die Naturschutzverbände empfehlen dringend ein Fledermauskundliches Fachgutachten. Der allgemeine Verweis auf ein geplantes Gondelmonitoring nach Inbetriebnahme kann zu erheblichen Abschaltzeiten führen, wenn offensichtlich keinerlei Grunddaten zu Fledermausvorkommen vorliegen.</p> <p>Die äußere Erschließung der geplanten Standorte stellt sich als eher schwierig dar. Die Erschließungsplanung für die Zuwegungen (incl. Lager- und Montageflächen) und die Kabeltrassen muss im Zuge der Gesamtplanung der Einzelstandorte detailliert dargestellt und im bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mitbeantragt werden.</p>	

21	Landwirtsch.Kam.		
22	LWL Archäologie	<p>Der geplante Standort der Windenergieanlage Nr. 2 samt Kranstandort etc. gefährdet ein gut erhaltenes Hohlwegbündel (vgl. beigegebenen Ausschnitt aus dem DGM). Damit die Bodendenkmalsubstanz nicht in zerstört wird, ist eine Verschiebung des Standortes, mindestens bis zum Hochachsenwert (UTM) 5690926, notwendig. Wir bitten um Prüfung und Rückmeldung des Vorhabenträgers, ob eine entsprechende Umplanung möglich ist. Sollte eine</p>  <p>Verschiebung nicht möglich sein, wären archäologische Maßnahmen zu Lasten des Vorhabenträgers unumgänglich.</p> <p>Im Bereich der übrigen Standorte (WEA Nr. 1, 3-6) werden nach unserem bisherigen Kenntnisstand keine bodendenkmalpflegerischen Belange berührt. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, dass bei den geplanten Bodeneingriffen bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Deshalb wird für die Standorte Nr. 1, 3-6 aus bodendenkmalpflegerischer Sicht folgender Hinweis gegeben, der zur Unterrichtung möglicherweise Betroffener in den Bescheid bzw. in den</p>	

		<p>aufgenommen werden sollte:</p> <p>Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungs-stätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW).</p>	
23	LWL Denkmalpfl.	<p>Seitens der LWL-DLBW geben wir nachfolgende Hinweise zu den Anforderungen an den Untersuchungsrahmen und die Untersuchungstiefe im Rahmen der UVP.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass im Rahmen der UVU die Auswirkungen des geplanten Windparks auf das kulturelle Erbe zu untersuchen sind.</p> <p>Das UVP-Gesetz benennt in § 2 Abs. 1 das „kulturelle Erbe“ als ein zu berücksichtigendes Schutzgut. Hierunter fallen nach einer Definition der UVP-Gesellschaft neben dem baukulturellen und bauhistorischen Erbe auch historische Kulturlandschaften, ihre Teile oder einzelne Elemente. Laut UVP-G, Anlage 4, muss eine Beschreibung der möglichen erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut „kulturelles Erbe“ erfolgen. Hierbei müssen die Auswirkungen auf historisch, architektonisch oder archäologisch bedeutende Stätten und Bauwerke und auf die Kulturlandschaft untersucht werden. Dabei wird in der UVP-Richtlinie in Absatz 16 (RICHTLINIE 2014/52/EU) deutlich gemacht, dass „[...] um das historische und kulturelle Erbe und die Landschaft besser zu wahren, [...] die Einbeziehung der optischen Auswirkungen von Projekten, namentlich der Veränderung des Erscheinungsbilds oder der Ansicht der gebauten oder natürlichen Landschaft und städtischer Gebiete in Umweltverträglichkeitsprüfungen wichtig“ ist.</p> <p>Zudem ist nach § 9 Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG) die Errichtung von WEA in einem Denkmalbereich und – wenn hierdurch das Erscheinungsbild des Denkmals erheblich beeinträchtigt wird – in der engeren Umgebung von Baudenkmalern erlaubnispflichtig.</p>	<p>Fristverlängerung bis zum 03.02.22 erbeten und gewährt</p>

		<p>Wir weisen daher darauf hin, dass WEA das kulturelle Erbe nicht nur substantiell beeinträchtigen können, sondern auch geeignet sind, das Erscheinungsbild von Denkmälern sowie die Raumwirkung von kulturlandschaftlich bedeutsamen historischen Stadt- und Ortskernen sowie historischen Kulturlandschaften visuell zu beeinträchtigen. Diese mögliche visuelle Beeinträchtigung ist neben der substantiellen Beeinträchtigung des kulturellen Erbes durch die geplanten WEA im Rahmen der UVS zu untersuchen und zu bewerten. Dabei ist auch die kumulative Wirkung mit vorhandenen Windparks und Einzelanlagen sowie in Planung befindlicher Projekte darzustellen und zu beurteilen.</p> <p>Die Belange des kulturellen Erbes wurden auf Ebene der Regionalplanung im Rahmen eines kulturlandschaftlichen Fachbeitrages zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg – Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein untersucht (Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 2016). In ihm werden die aus Sicht der Archäologie, Denkmalpflege sowie der Landschaftskultur bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche dargestellt und beschrieben. Sie haben aufgrund ihres Erhaltungszustandes, der historischen Dichte oder der räumlichen Persistenz eine besondere Stellung innerhalb des gesamten kulturellen Erbes in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus werden im Fachbeitrag die kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadt- und Ortskerne inklusive der historisch überlieferten Sichtbeziehungen sowie die kulturlandschaftsprägenden Bauwerke der Denkmalpflege untersucht. Der Fachbeitrag mitsamt zugehöriger Karten steht unter folgendem Link zum Download bereit: http://www.lwl.org/dlbw/service/publikationen/kulturlandschaft. Bei Bedarf stellen wir gerne auch die Shape-Dateien zum Fachbeitrag zur Verfügung.</p> <p>Wir bitten, die Aussagen des kulturlandschaftlichen Fachbeitrages in die Betrachtung des kulturellen Erbes zu übernehmen und falls notwendig entsprechend dem Planungsmaßstab zu konkretisieren. Es ist zu untersuchen, ob und inwieweit die im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag beschriebenen wertgebenden Merkmale und Ziele der Kulturlandschaftsbereiche durch die Errichtung der geplanten WEA beeinträchtigt werden können. Dies gilt auch für die im Fachbeitrag aufgeführten kulturlandschaftsprägenden Bauwerke sowie deren Wirkräume und Sichtbeziehungen.</p> <p>Über die im Fachbeitrag dargestellten kulturlandschaftsprägenden Denkmäler hinaus, können auch Denkmäler ohne besondere Raumwirkung im Nahbereich der WEA betroffen sein. Daher sind alle weiteren Denkmäler bei den Unteren Denkmalbehörden der jeweiligen Gemeinden zu erfragen, welche die Denkmalliste führen.</p> <p>Kulturlandschaftsprägende Denkmäler und Ortskerne</p>	
--	--	---	--

		<p>Im Bereich der geplanten WEA befinden sich verschiedene kulturlandschaftsprägende Denkmäler, deren Erscheinungsbilder durch Störung der Sichtbeziehungen bzw. Hinterfangung/Kulissenwirkung beeinträchtigt werden könnten (s. kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan). Um im Hinblick auf das UVPG und § 9 DSchG die Erheblichkeit der Beeinträchtigung beurteilen zu können, sind Sichtbarkeitsanalysen und ggf. auch Visualisierungen anzufertigen.</p> <p>Nach einer ersten Einschätzung ist eine erhebliche visuelle Beeinträchtigung der kulturlandschaftsprägenden Denkmäler Burg Klusenstein, Gut Bäingsen und der Stephanskirche in Deilinghofen durch die geplanten WEA möglich. Anhand von Sichtbarkeitsanalysen ist zunächst zu untersuchen, ob eine gemeinsame Sichtbarkeit der kulturlandschaftsprägenden Denkmäler und der WEA gegeben ist. Weisen die Ergebnisse auf mögliche Beeinträchtigungen hin, so sind zusätzlich Visualisierungen anzufertigen, um die Auswirkungen der WEA auf das Erscheinungsbild der Denkmäler mit ihren historischen und aktuellen Sichtbeziehungen abschätzen zu können. Wir bitten bei der Erstellung der Visualisierungen die Vorgaben des Heftes der Fachagentur Windenergie an Land „Gute fachliche Praxis für die Visualisierung von Windenergieanlagen“ zu beachten. Die Standorte der Visualisierungen sollten vorab mit uns abgesprochen werden.</p> <p>Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche / Historischen Kulturlandschaft</p> <p>Historische Kulturlandschaften und Kulturlandschaftselemente sind Teil des landschaftlichen kulturellen Erbes und prägen in ihrer Gesamtheit den Landschaftsraum. Die bedeutsamen landschaftlichen und baulichen Strukturen unterliegen nicht immer einem spezifischen Schutzstatus. Eine Ermittlung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen des Planvorhabens auf die Betroffenheit von historischen Kulturlandschaften, Kulturlandschaftsteilen oder von markanten kulturhistorisch bedeutsamen Strukturen im Plangebiet sollte in der UVS dargestellt werden.</p> <p>Die geplanten WEA sollen in einem aus Sicht der Landschaftskultur bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich errichtet werden (s. K 21.37 Raum Deilinghofen - Neuenrade, kulturlandschaftlicher Fachbeitrag, S. 46). Wertgebende Elemente dieser historischen Kulturlandschaft sind u. a. Hohlwege und Spuren des historischen Bergbaus. Auch im Bereich der geplanten WEA haben sich solche historischen Kulturlandschaftselemente im Wald erhalten (bergbauliche Relikte, Hohlwege, Meilerplatten). Über ihre Bedeutung als Bodendenkmal hinaus, prägen diese historischen Kulturlandschaftselemente den Waldbereich und besitzen als sichtbare Zeugnisse der regionalen Geschichte eine besondere Wertigkeit für das kulturelle Erbe. Im Rahmen der UVS ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang historische Kulturlandschaftselemente durch den Bau der WEA, auch durch</p>	
--	--	---	--

		<p>die Zuwegungen und Aufstellflächen, beeinträchtigt werden.</p> <p>Darüber hinaus ist zu erwarten, dass dieser seit Jahrhunderten von technischen Bauwerken weitgehend unbeeinträchtigte historische Waldbereich durch den geplanten Windpark eine große technische Überprägung und damit eine erhebliche visuelle Beeinträchtigung erfährt. Die aktuellen Anlagentypen weisen in der Regel eine Gesamthöhe von rund 250 m auf und sind damit weithin sichtbar und sehr stark raumwirksam. Bereits im Entwurf zum Regionalplan werden im Steckbrief zum WEB Hemer_08.04.WEB.001 voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen gesehen: „Für das Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen infolge der Lage des Festlegungsvorschlages innerhalb regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereiche zu erwarten. Windenergieanlagen stellen in einer derartigen Region unmaßstäbliche, technische Landschaftselemente dar, die den Charakter der Kulturlandschaft negativ überprägen.“ Weiter wird für die nachfolgenden Planungsebenen der Hinweis gegeben, dass die schutzgutbezogene Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen, insbesondere hinsichtlich der regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche zu konkretisieren ist. Von Seiten der LWL Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe, wird Ihnen ggf. eine gesonderte Stellungnahme zugehen.</p> <p>Wir bitten um eine fortlaufende Beteiligung im weiteren Verfahren.</p> <p>Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	
24	St. Altena		
25	St. Balve	<p>Es wird gebeten im weiteren Verfahren folgende Punkte zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Untersuchungsradius zur Ermittlung des Vorkommens des Schwarzstorches ist mit 1500 Metern zu kurz gefasst. Weiter östlich der geplanten Aufstellungsorte der Windkraftanlagen liegt das Hönnetal mit der Hönne, welches ein mögliches Nahrungshabitat u. a. für den Schwarzstorch bietet. Daher sollte gem. das vom Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“ empfohlenen Untersuchungsgebiet für Schwarzstörche in einem 3000 Meter Radius überprüft werden. - Aufgrund der bereits errichteten und genehmigten Windkraftanlagen entlang der Grenze zwischen dem HSK und der Stadt Balve ist eine Einkreisung der Ortsteile Eisborn, Beckum und Volkringhausen zu befürchten. Gleiches gilt für den Ortsteil Garbeck, da hier bereits eine optische Vorbelastung durch die Windkraftanlagen auf dem Neuenrader Kohlberg und den zwischen Garbeck und Langenholthausen 	

		<p>stehenden Windkraftanlagen besteht. Hier sind eine Sichtanalyse sowie eine Bewertung der optischen Bedrängung erforderlich.</p> <p>- In unmittelbarer Nähe zum Vorhabenstandort befindet sich das Naturschutzgebiet Balver Wald (FFH-Gebiet DE-4613-303). Eine Wechselwirkung zwischen dem Vorhaben und den Schutzzwecken des Gebiets ist bei der FFH-Prüfung ausreichend zu untersuchen</p>	
26	St. Hemer		Verkehr im Verfahren beteiligt!?

		<p>zu den mir zugesandten Unterlagen nehme ich wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Windkraftanlagen befinden sich im „Landschaftsschutzgebiet Märkischer Kreis“, das ausgewiesen wurde zur Sicherung und Erhaltung der natürlichen Erholungseignung und der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes gegenüber den vielfältigen zivilisatorischen Ansprüchen an Natur und Landschaft in einer wald- und wasserreichen Mittelgebirgslandschaft. Zudem wegen eines grundlegenden Schutzes der Lebensräume der für diese Landschaft charakteristischen Tier- und Pflanzenarten; der Erhaltung und Entwicklung wertvoller Biotopstrukturen; ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt und den Artenschutz; der Erhaltung und Entwicklung der naturnahen Laubwaldgebiete sowie der reich strukturierten Offenlandbereiche, v. a. auch in Siedlungsrandbereichen. Weiterhin zur Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes, das vor allem durch die landwirtschaftlich genutzten Offenlandbereiche in der ansonsten weitgehend bewaldeten Mittelgebirgslandschaft sowie das stark bewegte Relief charakterisiert wird. Die Errichtung von sechs Windkraftanlagen mit einer Höhe von 250 m stehen den ausgewiesenen Schutzzwecken entgegen. Es sind Aussagen zu treffen, wie dieser Gegensatz überwunden werden soll. - Der Balver Wald ist ein unzerschnittener verkehrsarmer Raum. Diese Räume sind zu erhalten und zu schützen und eine Zerschneidung und Versiegelung muss unterbleiben. Der Bau von Zuwegungen und die Errichtung der Windkraftanlagen konterkariert das Schutzziel, hierzu sind Aussagen zu treffen. 	
--	--	--	--

		<ul style="list-style-type: none"> - Die Wohnbebauung „Habichtseil“ befindet sich innerhalb des 1.000 m-Radius der Windkraftanlagen. Hier sind die Auswirkungen auf das Schutzgut „Mensch“ zu prüfen. - Das ehemalige Klostergut Bäingsen liegt innerhalb des 1.000 m-Radius der Anlagen. Auswirkungen auf dieses Kulturdenkmal sind zu erläutern. - Verlauf von Kabeltrasse und Zuwegung sollen in einem gesonderten Genehmigungsverfahren geprüft werden- diese Angaben sind jedoch wichtig für die Beurteilung des Gesamtprojekts und dessen Auswirkungen auf betroffene Schutzgüter. Es sollte zumindest eine grobe Angabe über die geplante Zuwegung erfolgen, zum Beispiel „über den Langenbruch“ oder „über Brockhausen“ - Der Schwarzstorch durchfliegt auf Nahrungssuche häufig einen Bereich zwischen Hönnetal, Nieringsen und Stephanopler Tal. Hier kann er regelmäßig beobachtet werden. Daher sind detaillierte Untersuchungen zu Flugbeziehungen erforderlich, die einen 3.000 m-Radius umfassen. Der genannte untersuchte Raum von 1.500 m erscheint vor diesem Hintergrund nicht ausreichend. Zudem gibt es einen dokumentierten Horststandort südwestlich von Binolen, der im 1.000 m-Radius liegt. - Dass FFH- Gebiet „Hönnetal“ ist in die faunistischen Untersuchungen mit einzubeziehen, da eine Beeinträchtigung der hier vorkommenden geschützten Arten (z.B. Uhu) nicht auszuschließen ist. - Es sind Aussagen zu möglichen Gefährdungen von Zugvögeln (z.B. Kraniche) zu treffen, da Hemer im Bereich von Hauptzugruten liegt. - Es ist eine Betrachtung möglicher kumulativer Wirkungen in Zusammenhang mit den geplanten Windkraftanlagen auf Balver Stadtgebiet vorzunehmen, da Fernwirkungen auf Gebietselemente im LSG, NSGs und FFH-Gebieten nicht auszuschließen sind. - Das Sauerland ist eine Tourismusregion. Um optische Auswirkungen und Beeinträchtigungen beurteilen zu können, ist eine Visualisierung vorzunehmen. Es ist darzulegen, wie die Windkraftanlagen von der B7 (zwischen Anschluss A 46 und Ortseingang Hemer in Fahrtrichtung Hemer) und vom Jüberg (Naturschutzprojektflächen Apricke) aus wahrgenommen werden. Dies vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Touristen und Ausflügler zur Erholung ins „Land der 1000 Berge“ fahren und der optische Eindruck von Weite und bewaldeten Bergen nicht durch die 250 m hohen Windkraftanlagen zerstört werden soll. - Vor dem Hintergrund zahlreicher geschützter Fledermausarten u.a. im FFH-Gebiet Hönnetal und im Balver Wald soll eine Fledermauskartierung erfolgen. Ein einfaches Gondelmonitoring ist nicht ausreichend. - Aussagen zu möglichen Beeinträchtigungen des Flugverkehrs (Drehfunkfeuer) sind zu treffen. 	
--	--	---	--

		<ul style="list-style-type: none"> - Die mittlere WKA in der südlichen Reihe befindet sich auf einer städtischen Fläche (Gem. 1420, Flur 6, Flurstück 105). Auf dieser Fläche befindet sich eine Ausgleichsmaßnahme für den Bebauungsplan Nr. 95 "Straßenplanung östliche Innenstadt", Bebauungsplan Nr. 90 "GewerbeQuartier am Felsenmeer" bzw. Nr. 91 "KulturQuartier in der Landesgartenschau". Es handelt sich um einen ca. 20 Jahre alten Buchenwald (seinerzeit Umwandlung Fichte in Buche). Im westlichen Randbereich haben sich neben Buchen auch Birke, Hasel, Eberesche und Ahorn etabliert. Angrenzend befinden sich vitale Fichtenforste sowie großflächig Rodungsflächen und kranke Fichtenbestände. Die Fläche ist in das städtische Ökokonto einbucht und ist nicht zu beeinträchtigen. Eine weitere Fläche mit Ausgleichsmaßnahmen befindet sich südlich im Bereich von Flur 6, Flurstück 94. Es ist zu erläutern, wie diese Flächen berücksichtigt werden sollen. - Bereits jetzt wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Hemer in ihrem gültigen Flächennutzungsplan eine Vorrangzone für die Windkraft ausgewiesen hat, die nicht mit der nun beantragten Fläche übereinstimmt. Der Flächennutzungsplan befindet sich aktuell in der Neuaufstellung. Bei laufenden Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Flächennutzungsplans, kann die Gemeinde einen Antrag nach § 15 Abs. 3 BauGB stellen, die Entscheidung über den Genehmigungsantrag für einen Zeitraum von maximal bis zu einem Jahr zurückzustellen. Die Jahresfrist beginnt mit Zustellung des Zurückstellungsbescheides. Wenn besondere Umstände es erfordern, kann die Zurückstellung auf Antrag der Gemeinde um maximal ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Stadt Hemer behält sich diese Möglichkeit vor. <p>Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und bitte im weiteren Verfahren um Beteiligung.</p>	
27	St. Iserlohn		Am 10.02.2022 um Fristverlängerung bis 17.02.2022

			gebeten, Fristverlängerung gewährt
28	St. Menden	<p>Anmerkungen nach jetzigem Kenntnisstand zum vorgesehenen Verfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zunächst besteht für das Stadtgebiet Menden eine potentielle Betroffenheit durch mögliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes. In der vorliegenden Kurzbeschreibung sind bisher keine Untersuchungen zu den Auswirkungen auf Landschaftsbild bzw. Sichtbarkeitsanalysen zum Vorhaben beschrieben. Ohne dementsprechende Untersuchungen kann seitens der Stadt Menden die Auswirkung auf das Landschaftsbild nicht bzw. nicht ausreichend eingeschätzt werden. Zur Beurteilung der Auswirkungen wären entsprechende Untersuchungen hilfreich bis erforderlich. - In der Kurzbeschreibung wird darauf hingewiesen, dass die Erschließung der WEA sowie die Kabeltrasse(n) in gesonderten Genehmigungsverfahren beantragt werden sollen. Dieses leider sehr übliche Verfahren ist problematisch, da die mit dem Gesamt - Vorhaben verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft überhaupt nicht absehbar sind. - Unter Pkt. 7.2.1. wird auf zwei Potentialflächen im Untersuchungsgebiet hingewiesen. Für den Scopingtermin sei nur die nördliche Potentialfläche relevant, obwohl die nachfolgende Abbildung 3 auch WEA in der südlichen Potentialfläche vorsieht. Was und wo untersucht wurde und was nicht untersucht wurde ist aus dem vorliegenden Text und der Abbildung nicht nachvollziehbar. - Die Begründung zur Reduzierung des Untersuchungsradius Schwarzstorch von 3.000 Meter auf 1.500 Meter lässt sich vor dem Hintergrund des grundsätzlich geeigneten Naturraumes auch nur bedingt nachvollziehen. 	Rückfrage wg. Beteiligung Rat
29	St. Neuenrade	Keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben. Anregungen werden daher nicht vorgebracht.	
30	Stadtwerke Hemer	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>in der Vorbesprechung erheben die Stadtwerke Hemer GmbH keine Einwände im Sinne des BImSchG. Wir gehen davon aus, dass die Zuwegung des Errichtungsgebietes sowie der Anschluss an das Stromversorgungsnetz nicht durch das Wasserschutzgebiet Nieringsen sowie über die Grundstücke der Stadtwerke Hemer GmbH verlaufen werden.</p> <p>Aufgrund der Nähe zum Wasserschutzgebiet bitten wir um die Vorsehung von Auflagen, welche sich mit dem Schutz vor austretenden Ölen und Schmierstoffen aus den Anlagen beschäftigen. Insbesondere für den Fall von Totalschäden durch das Umstürzen der Anlagen.</p>	Bitte um Fristverlängerung → Fristverlängerung bis 14.02.2022 gewährt

		Zudem weisen wir bereits heute darauf hin, dass die Angaben zum Bewuchs lt. ALKIS nicht aktuell sein können. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Forstbetriebswerk hin. Ein neues Forstbetriebswerk wird zurzeit aufgrund der Veränderung durch die Borkenkäferplage erstellt. Eventuell könnten durch den Bau der WKA Bäume beeinträchtigt sein, dies hängt z. B. von der Höhe der WKA und Rotoren ab.	
31	Wehrbereichsverw.	Vorgang wurde aufgrund fehlender Zuständigkeit wieder zurückgesandt. Stellungnahmen der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange werden zentral beim BAIUDBw, Referat Infra I 3 in Bonn für die gesamte Bundeswehr bearbeitet. Sämtl. Anfragen bzw. Anträge sind ausschließlich dorthin zu richten.	
32	WBV Deilinghofen	<p>WBV Deilinghofen versteht nicht, dass solch eine Anlage in einer nachweislich nicht ausgewiesenen Windkonzentrationszone entstehen soll, die zudem aufgrund der Unterschreitung des Mindestabstandes für privilegierte Windenergieanlagen nicht geeignet ist.</p> <p>Ferner ist der geplante Untersuchungsumfang aus Sicht des WBV Deilinghofen unzureichend. Eine Visualisierung und Sichtbarkeitsanalyse, Gutachten zur optisch bedrängenden Wirkung oder ein Eiswaufgutachten bleiben unberücksichtigt.</p> <p>Auch die Planungen/ Beantragungen und der Betrieb benachbarter Windparkanlagen bleiben bisher unberücksichtigt.</p> <p>Aus den vorliegenden Planunterlagen sieht der WBV für seine Quell- und Brunnenanlagen eine erhebliche Beeinträchtigung. Auch aus Sicht der weiteren Infrastruktur des Wasserbeschaffungsverbandes (Leitungen, Kabeltrassen etc.) im Plangebiet hat er erhebliche Bedenken. Der WBV Deilinghofen würde sich sehr freuen, wenn er über die weiteren Planungsschritte und –inhalte weiter informiert wird.</p>	